



Niederschrift

35. (außerordentliche) öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin: Dienstag, 13.02.2018
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:20 Uhr
Ort, Raum: Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW

Ausschussmitglieder

Frau Gesine Dannenberg DIE LINKE
Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE
Herr Uwe Adler SPD
Herr Daniel Keller SPD
Frau Ingeborg Naundorf Bündnis 90/Die
Grünen
Frau Annina Beck DIE aNDERE

sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher DIE aNDERE
Herr Viktor Kalitke
Frau Tina Lange DIE LINKE
Frau Grit Schkölziger SPD bis 18:30 Uhr, TOP 3.1.11
Herr Ronald Sima DIE LINKE
Herr Christian Porath Bürgerbündnis-FDP

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Beigeordnete
Bildung, Kultur, Sport

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten FDP entschuldigt
gen. Sacken

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Erning Potsdamer
Demokraten/BVB entschuldigt
Freie Wähler

Herr Steve Schulz SPD entschuldigt
Frau Eva Wieczorek Bündnis 90/Die
Grünen entschuldigt

Herr Hans-Joachim Ziebarth CDU/ANW entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Anika Hildebrandt, Fachbereich Bildung und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.01.2018 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre
2018/2019
Vorlage: 17/SVV/0951
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
- 3.1.1 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die
Haushaltsjahre 2018/2019, Matheclub
gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion CDU/ANW
- 3.1.2 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die
Haushaltsjahre 2018/2019, Mehrerträge
gem. DS: 17/SVV/0951
SPD-Fraktion
- 3.1.3 Ergänzungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die
Haushaltsjahre 2018/2019, Schul- und Vereinssportflächen
gem. DS: 17/SVV/0951
SPD-Fraktion
- 3.1.4 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die
Haushaltsjahre 2018/2019, Schulfrühstück / Schulsozialarbeit / Sportförderung
gem. DS: 17/SVV/0951

SPD-Fraktion

- 3.1.5 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Medienwerkstatt
gem. DS: 17/SVV/0951
SPD-Fraktion
- 3.1.6 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019 - haushaltsbegleitend, Sportentwicklungsplan
gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE LINKE
- 3.1.7 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Verbesserung der IT-Betreuung für Potsdamer Schulen
gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE LINKE
- 3.1.8 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Koordinierungsstelle Jugendhilfe/ Schule
gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE LINKE
- 3.1.9 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Erstausrüstung Da Vinci-Gesamtschule
gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE LINKE
- 3.1.10 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Medienbus
gem. DS: 17/SVV/0951
Bündnis 90/Die Grünen
- 3.1.11 Änderung-/Ergänzungsvorschlag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019 - haushaltsbegleitend, Fortbildungsmaßnahmen für Schulsozialarbeiter zur Suchtprävention
gem. DS: 17/SVV/0951
Bündnis 90/Die Grünen
- 3.1.12 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Schulwegsicherheit
gem. DS: 17/SVV/0951
Bürgerbündnis-FDP
- 3.1.13 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Beleuchtung Sportplatz Nowawiese
gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE aNDERE
- 3.1.14 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Kunstrasen Sportplatz FSV Babelsberg 74
gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE aNDERE
- 3.1.15 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Honorarerhöhung für Lehrkräfte an der Volkshochschule
gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE aNDERE
- 3.1.16 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die

Haushaltsjahre 2018/2019, Eintrittspreise Schwimmbäder
gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE aNDERE

- 3.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 17/SVV/0952
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
- 3.3 Zukunftsprogramm 2022
Vorlage: 17/SVV/0953
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- 4 Sonstiges
- 4.1 nächste Ausschusssitzungen

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Clemens Viehrig eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.01.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Viehrig stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **7** stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Die Niederschrift der Sitzung vom 16.01.2018 wird in der nächsten Sitzung am 22.02.2018 aufgerufen.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen vor:

- zum TOP 3.1 - Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019
Herr Lenke (Arbeitsgruppenleiter Investitionsmanagement)
- zum TOP 3.3. – Zukunftsprogramm 2022
Herr Maaß (komm. Bereichsleiter / Verantwortlicher Zukunftsprogramm)

Den vorliegenden Rederechten wird **zugestimmt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019

Vorlage: 17/SVV/0951

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

Herr Viehrig schlägt vor, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und erläutert diese Vorgehensweise kurz. Da die Fraktionen nächste Woche zusammensitzen und dort erneut über alle Haushaltsanträge beraten, wäre es schade, wenn der Ausschuss für Bildung und Sport einen Antrag bereits jetzt negativ bewerten würde, er aber im Nachhinein durch bis dato nicht bekannte Maßnahmen doch umsetzbar wird, er dann allerdings mit dem negativem Votum des Ausschusses für Bildung und Sport behaftet wäre.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Verfahrensvorschlag zu.

Die Vorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

Die Fraktionen bringen Ihre Änderungsanträge blockweise ein.

zu 3.1.1 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Matheclub

gem. DS: 17/SVV/0951

Fraktion CDU/ANW

Herr Viehrig bringt den Änderungsantrag ein und erläutert diesen.

Es gibt keine Anmerkungen der Ausschussmitglieder dazu.

Der Änderungsantrag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage wie folgt zu ändern:

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag

Produktnummer 24300

Matheclub

Erhöhung der Preisgelder zur Würdigung der Erst- bis Drittplatzierten Teilnehmer der Mathematikolympiade

Finanzbedarf 2018 und 2019:

1.000 Euro p. a. = 2.000 Euro

Begründung:

Wie üblich erhalten die „Sieger“ der Mathematikolympiade einen nach Leistungen gestaffelten Schülerpreis. Die als „Trostpflaster“ vergebenen „Auszeichnungen“ enthalten lediglich eine Würdigung und keine Geldleistung. Mit den bisher im Finanzierungsplan eingestellten Preisgeldern von 1.000 Euro können derzeit nur die Erstplatzierten mit einer finanziellen Würdigung bedacht werden. Die Erhöhung der Preisgelder um 1.000 Euro p.a. dient vor allem der Würdigung auch der Zweit- und Drittplatzierten im Wettbewerb in den einzelnen

Jahrgangstufen.

Der Änderungsantrag wird **einstimmig angenommen**.

**zu 3.1.2 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Mehrerträge
gem. DS: 17/SVV/0951
SPD-Fraktion**

Herr Keller bringt die Anträge der SPD-Fraktion im Block ein und erläutert diese.

Frau Naundorf befürwortet den Antrag zur Erhöhung des Budgets für Schulfrühstück bittet jedoch darum, dass die Versorgung der Schulen, statt von einem großen Essenanbieter, nach dem Modell der Spirellibande gestaltet wird, um die bisherige Qualität beizubehalten.

Intention der Fraktion SPD war vorrangig die finanzielle Sicherung bzw. Bereitstellung der Mittel im Haushalt. Die Art der Umsetzung könne dann im Nachgang thematisiert werden.

Frau Aubel erläutert die aktuellen Berechnungen der Verwaltung dazu. Im laufenden Jahr 2018 ist mit Mehrkosten in Höhe von 60.000 € zu den bisher geplanten Mitteln im Jahr zu rechnen und im Folgejahr 2019 mit Mehrkosten in Höhe von ca. 142.000 €. Daher wäre der Antrag der SPD Fraktion durchaus umsetzbar.

Herr Keller erläutert, dass die Deckungsquellen der einzelnen Anträge noch Thema im Finanzausschuss seien werden.

Auf Nachfrage von Frau Aubel, ob mit den 40.000 € im Antrag zur Sportförderung ein spezifischer Verwendungszweck verfolgt wird – dieser müsse dann im Antrag benannt werden - sagt **Herr Keller** eine **Überarbeitung des Antrages** zu.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage wie folgt zu ändern:

Änderungs/Ergänzungsvorschlag:

Folgende Mehrerträge sind im Planentwurf zur Haushaltssatzung 2018/2019 um die nachfolgenden Werte anzupassen:

	2018	2019
Bußgeld	100.000 €	100.000 €
Gebühren Bauordnung	186.000 €	244.200 €
Übernachtungssteuer	133.800 €	200.000 €
Grundsicherung im Alter und nach Erwerbsminderung SGB XII Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz außerhalb von Einrichtungen	40.000 €	66.400 €
Grundsicherung im Alter und nach	50.000 €	50.000 €

Erwerbsminderung SGB XII Leistungen von Sozialleistungsträgern außerhalb von Einrichtungen		
Reduzierung Parkraumbewirtschaftung Luftschiffhafen	6.200 €	
Potsdam-Museum, Forum für Kunst und Geschichte Erträge aus dem Verkauf von Waren		15.000 €
Summe	516.000 €	675.600 €

Der Änderungsantrag „Mehrerträge“ wird vom Ausschuss für Bildung und Sport **zur Kenntnis genommen.**

zu 3.1.3 Ergänzungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Schul- und Vereinssportflächen gem. DS: 17/SVV/0951
SPD-Fraktion

Der Ergänzungsantrag wird im Block zusammen mit den anderen Anträgen der SPD-Fraktion behandelt (gemeinsam mit TOP 3.1.2 – 3.1.5).

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage wie folgt zu ergänzen:

Begleit Antrag:

Schul- und Vereinssportflächen

Neu zu bauende und zu erweiternde Schulsportanlagen sind grundsätzlich so zu planen, dass sie auch für Vereinssport nutzbar sind. Die Machbarkeit der Wettkampftauglichkeit ist in jedem Fall zu überprüfen und wenn möglich umzusetzen.

Dafür sind freiwerdenden kommunale Investmittel einzuplanen, die durch zweckgebundene Einnahmen der Richtlinie Baulandentwicklung ersetzt werden.

Begründung:

Schon im Beschluss 12/SVV/0120 „Sportflächen für Potsdam“ wurde auf den Mangel an Sportflächen hingewiesen, der genauso wächst wie die Stadt. Synergieeffekte von Schulsport- und Vereinssportflächen werden schon dort angemahnt. Vereine brauchen jedoch nicht nur Übungsplätze, sondern müssen auch Wettkämpfe austragen können. Deshalb soll z.B. beim geplanten Neubau der Sportanlage in der Waldstadt drauf geachtet werden, dass der Platz auch wettkampftauglich ist.

Der Ergänzungsantrag „Schul- und Vereinssportflächen“ wird **einstimmig angenommen.**

zu 3.1.4 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für

die Haushaltsjahre 2018/2019, Schulfrühstück / Schulsozialarbeit / Sportförderung
gem. DS: 17/SVV/0951
SPD-Fraktion

Der Änderungsantrag wird im Block zusammen mit den anderen Anträgen der SPD-Fraktion behandelt (gemeinsam mit TOP 3.1.2 – 3.1.5).

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage wie folgt zu ändern:

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Folgende Etats sollen zusätzlich um ... ausgestattet werden:

	2018	2019
Schulfrühstück	108.800 €	191.400 €
PLUS-Programm	50.000 €	50.000 €
Sportförderung	40.000 €	40.000 €

Begründung:

Für die Erweiterung des Frühstücksangebots an Schulen sollen zusätzlich insgesamt ca.300.000 Euro für 2018/2019 bereitgestellt werden. Der Ansatz des kommunalen PLUS-Programms (Schulsozialarbeit) wird ebenso wie die Sportförderung verstärkt.

Deckungsquelle:

Deckungspaket SPD-Fraktion

Der Änderungsantrag „Schulfrühstück / Schulsozialarbeit / Sportförderung“ wird **einstimmig angenommen.**

zu 3.1.5 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Medienwerkstatt
gem. DS: 17/SVV/0951
SPD-Fraktion

Der Änderungsantrag wird im Block zusammen mit den anderen Anträgen der SPD-Fraktion behandelt (gemeinsam mit TOP 3.1.2 – 3.1.5).

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage wie folgt zu ändern:

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Das Produkt 36.600 (GB 3 FB 35) wird in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 ff. jeweils um 54.000 Euro erhöht, um damit die Angebote der Medienwerkstatt zu erweitern.

Begründung:

Das Voranschreiten der Digitalisierung im Bereich der Medien hat einen Anstieg des Bedarfes an einer sach- und fachgerechten Ausbildung von Multiplikatoren zur Folge, die im Kinder- und Jugendbereich unter Beachtung der aktuellen technischen und sozialen Entwicklungen den schulischen Einfluss sichern. Lehrer und Erzieher sollen in ausreichendem Umfang in die Lage versetzt werden, sowohl auf die technischen Instrumente und Funktionsweisen, als auch die sozialen Auswirkungen der Digitalisierung reagieren zu können. Die Medienwerkstatt leistet bei steigender Nachfrage dazu einen unverzichtbaren Beitrag. Der Mittelansatz ist daher zu verstärken, um der wachsenden Bedeutung und Nachfrage gerecht zu werden. Beschlusslage war das schon in der Haushaltssatzung 2017.

Deckungsquelle:

Deckungspaket SPD-Fraktion

Der Änderungsantrag „Medienwerkstatt“ wird **einstimmig angenommen**.

zu 3.1.6 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019 - haushaltsbegleitend, Sportentwicklungsplan gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE LINKE

Herr Wollenberg bringt die Anträge der Fraktion im Block ein und erläutert diese kurz. Im Nachgang werden die Anträge im Einzelnen beraten.

Herr Viehrig fragt, ob mit Annahme des Antrages in irgendeiner Weise die Flexibilität bei der Umsetzung von Projekten beeinflusst werde.

Herr Gessner führt dazu aus, dass man beispielsweise eine Summe x für das entsprechende Haushaltsjahr zur freien Verfügung stellen könne. Sobald die Prioritätenliste vorliegt könnte diese Summe den jeweiligen prioritären Maßnahmen flexibel zugeordnet werden. Durch dieses Verfahren könne man auf der einen Seite die Flexibilität wahren, auf der anderen Seite eine Verbindlichkeit herstellen.

Herr Wollenberg erläutert, dass es bereits eine Schulentwicklungsplanung, sowie eine Kitaplanung gebe. Mit dem vorliegenden Antrag soll, ähnlich der bereits vorhandenen Planungen, eine verbindliche Bedarfsfeststellung auch für Sportflächen erarbeitet werden.

Herr Gessner weist auf den deutlichen Unterschied zwischen der Schul- und der Sportentwicklungsplanung hin. Es gibt bei der Sportentwicklungsplanung nicht den gleichen Input wie bei der Schulentwicklungsplanung. In der Schulentwicklungsplanung kann durch Prognosen ungefähr festgestellt werden, wie viele Schüler, Klassen und Züge es in den nächsten Jahren geben wird. Die Sportentwicklungsplanung setzt sich aus mehreren Bestandteilen zusammen. Zunächst wird eine statistisch signifikante Bürgerbefragung zum Sport- und Sozialverhalten durchgeführt, um festzustellen was die BürgerInnen für Sportarten und Sportangebote präferieren und welche Trends es gibt. Diese wird für einen mittelfristigen Zeitraum von 10 15 oder 20 Jahren gemacht und ist nicht so schnelllebig, daher haben viele Städte gar keine Sportentwicklungsplanung.

Natürlich gibt es auch Bestandteile die alle 3 bis 5 Jahre aktualisiert werden müssen, was allerdings anhand der Prioritätenliste bereits regelmäßig und aktuell

geschieht.

Es wird sich darauf verständigt, dass die Formulierung des Antrages von der Fraktion überarbeitet wird.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Sportentwicklungsplan für die Landeshauptstadt Potsdam ist regelmäßig fortzuschreiben und der Stadtverordnetenversammlung künftig jeweils zum Beschluss vorzulegen.

Die Inhalte sollen damit verbindliche Grundlage für zukünftige Investitions- und Haushaltsplanungen werden.

Begründung:

Die LHP erarbeitet in regelmäßigen Abständen in Kooperation mit der Universität Potsdam eine Sportentwicklungsplanung. Dabei werden die Bedarfe für den Schul-, den organisierten und den nicht organisierten Freizeitsport erfasst und erforderliche Flächen und Ausstattungen für Sportanlagen dargestellt. Bisher wird diese Planung der SVV allerdings nur als Mitteilungsvorlage zur Kenntnis gegeben. In den Investitionsplanungen werden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur Maßnahmen berücksichtigt, die sich mit einem schulischen Bedarf rechtfertigen lassen. Mit dem Beschluss soll erreicht werden, dass die Sportentwicklungsplanung künftig ebenso wie der Schulentwicklungs- oder der Kita-Bedarfsplan von der SVV beschlossen und damit verbindliche Planungsgrundlage für künftige Haushalte wird. Damit soll gesichert werden, dass die vielfältigen Interessen des Vereinssports und des nicht organisierten Freizeitsports in der Stadt bei künftigen Entwicklungen besser berücksichtigt werden müssen

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Änderungsantrag **zur Kenntnis**.

zu 3.1.7 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Verbesserung der IT-Betreuung für Potsdamer Schulen gem. DS: 17/SVV/0951 Fraktion DIE LINKE

Frau Aubel erörtert, dass für den Bereich IT insgesamt zehn zusätzliche Stellen über die Änderungsliste der Verwaltung eingebracht werden, allerdings bisher noch nicht geregelt ist, wie viele davon für den Bereich Schule zur Verfügung gestellt werden. Sie rechnet mit ca. 2 bis 3 Stellen.

Der Änderungsantrag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage wie folgt zu ändern:

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im FB Steuerung und Innovation werden für die Arbeitsgruppe „IT-

Betreuung“ zwei zusätzliche Personalstellen für die technische Betreuung der Potsdamer Schulen bereitgestellt.
Die erforderlichen Mittel von 120.000 Euro p.a. werden im Haushalt des FB zusätzlich bereitgestellt.

HH-Stelle: 11124

Begründung:

Die Betreuung der mehr als 40 Potsdamer Schulstandorte durch 3,5 IT-Techniker hat sich schon bisher als unzureichend erwiesen und wird den wachsenden Anforderungen einer vielfältigen EDV- und Medienausstattung nicht mehr gerecht. Die auf Basis des haushaltsbegleitenden Beschlusses aus 2017 vorgenommene Neuorganisation in der Verwaltung und die Einführung einer Fernwartungssoftware sind zwar Schritte in die richtige Richtung, allein aber nicht ausreichend. Es bedarf dringend einer Anpassung der Personalausstattung, um die Anforderungen der Schulen jeweils kurzfristig erfüllen zu können.

Der Änderungsantrag wird **einstimmig angenommen**.

zu 3.1.8 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Koordinierungsstelle Jugendhilfe/ Schule gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE LINKE

Auf Nachfrage von **Herrn Viehrig** erklärt **Frau Aubel**, dass diese Stelle bereits in der Änderungsliste der Verwaltung enthalten sei.

Es wird sich darauf geeinigt, diesen Änderungsantrag positiv zu votieren.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage wie folgt zu ändern:

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im FB 21 wird eine zusätzliche Personalstelle Jugendhilfe/Schule für die Aufgabenerfüllung in der Koordinierungsstelle Jugendhilfe/Schule geschaffen.

Die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von 60.000,00 Euro / p.a. werden im Haushalt des FB 21 zusätzlich bereitgestellt.

HH-Stelle: 24399

Begründung:

Die Schaffung einer gemeinsamen Koordinierungsstelle Jugendhilfe/Schule zur Umsetzung und Fortschreibung des Rahmenkonzepts "Sozialarbeit an Schulen" ist mit dem Rahmenkonzept beschlossen worden. Diese soll mit je einer Personalstelle aus den FB21 und FB35 besetzt werden. Die Umsetzung dieses Beschlusses steht seit mehr als 2 Jahren aus. Die planmäßige Steigerung der Zahl der Schulsozialarbeiter, eine qualitativ hochwertige Umsetzung des PLUS-Programms und die zu organisierende Evaluierung des Rahmenkonzepts führen zu einem stetigen Aufwuchs von Aufgaben in der Koordinierungsstelle. Die

bereits beschlossene Schaffung der erforderlichen Ressource im FB21 ist deshalb dringlichst umzusetzen.

Der Änderungsantrag wird **einstimmig angenommen**.

zu 3.1.9 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Erstaussstattung Da Vinci-Gesamtschule gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE LINKE

Frau Aubel begrüßt den Änderungsantrag, auch wenn inhaltlich nicht alle Punkte geteilt werden. Insbesondere der Schutzboden für die nichtsportliche Nutzung in den Sporthallen ist äußerst kompliziert, weil dazu drei Tonnen Masse bewegt werden müsste, welche auch entsprechend gelagert werden müsste.

Herr Wollenberg sichert zu, dass die Fraktion diesen Punkt in Abstimmung mit Herrn Exner noch modifizieren wird und dieser Posten bis dahin mit einem Sperrvermerk versehen wird, bis eine sinnvolle Lösung gefunden wurde, damit die Sporthalle auch für bspweise Schülervollversammlungen genutzt werden kann.

Frau Naundorf wirft ein, dass die in dem Antrag benannten Probleme viele Schulen betreffen und betont, dass es nicht gut sei nur eine Schule hervorzuheben. Sie bittet um eine Prioritätenliste aller Schulen die nach Dringlichkeit abgearbeitet werden soll.

Herr Wollenberg betont, dass in den neu zu bauenden Schulen gleich von vornherein dafür gesorgt werden sollte, dass diese Gebäude für eine optimale Nutzung ausgestattet werden. Bei einer Investition wie bei der Da Vinci-Gesamtschule von ca. 26 Mio. € sollte nicht an 30.000,- € für die Ausstattung gespart werden, was jedoch nichts an der beschriebenen Prioritätensetzung ändert.

Der Änderungsantrag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage wie folgt zu ändern:

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für die Ergänzung der Erstaussattung des Neubaus der Gesamtschule „Leonardo da Vinci“ an der Esplanade werden
2018: 30.000 Euro und
2019: 20.000 Euro zusätzlich in dem Haushalt des Fachbereiches 21 bereitgestellt.

Die hervorragenden baulichen Voraussetzungen sollen durch eine Ausstattung ergänzt werden,
die die Möglichkeit zur Durchführung schulischer und außerschulischer Veranstaltungen

- verbessert. Benötigt werden u.a.:
- Ausstattung für Moderation und Veranstaltungen
 - Beleuchtungsanlage / Theatervorhang für Darstellendes Spiel, Theateraufführungen
 - Erstausrüstung für den Gemeinschaftsbereich der Sporthalle (Möblierung, Geschirr, mobile Garderoben)
 - Schutzboden für nichtsportliche Nutzungen in der Sporthalle.

HH-Stelle: 21800095271930

Begründung:

Potsdam tätigt erhebliche Investitionen in die Bildungsinfrastruktur. Engagierte Lehrkräfte organisieren anspruchsvollen, modernen und attraktiven Unterricht. Darüber hinaus werden Räume für Vereine, für bürgerschaftliches Engagement und Veranstaltungen im Kiez oft händeringend gesucht. Mit im Kontext der Gesamtinvestition sehr überschaubaren Beträgen können wir hier große Effekte erzielen, indem wir neben den baulichen Voraussetzungen auch die entsprechende Ausstattung bereitstellen, um eine möglichst breite Nutzung der Schulen zu ermöglichen. Durch zusätzliche Vermietung für externe Nutzer wird zumindest ein Teil der Mittel auch wieder zu erwirtschaften sein.

Der Änderungsantrag wird **einstimmig angenommen**.

**zu 3.1.10 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Medienbus
gem. DS: 17/SVV/0951
Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Naundorf bringt den Änderungsantrag ein.

Herr Viehrig fragt bei der Verwaltung nach, ob 500.000,-€ wirklich ausreichen würden um den Medienbus umzusetzen, denn er erinnert sich, dass der damalige Antrag der CDU an den hohen Kosten von einer Million Euro plus Nebenkosten gescheitert ist.

Herr Keller bringt ein, dass die Leiterin der Bibliothek, Frau Mattek, zu dem damaligen Antrag bereits erklärt hatte, dass es bereits ein mobiles Angebot von Bibliotheken in Form von Bücherkisten gebe..

Herr Wollenberg glaubt nicht, dass grade vor dem Hintergrund der einzuplanenden Personalkosten, Folgekosten etc. eine halbe Million Euro ausreichen würde um einen Medienbus umzusetzen und auch nicht, dass mit einem solchen Bus mehr Nutzer angesprochen werden als mit den derzeitigen Bücherkisten.

Frau Naundorf betont, dass mit dem Medienbus mehr Stadtteile erreicht werden könnten.

Herr Keller ergänzt, dass laut dem damaligen Antrag drei Personalstellen mehr geschaffen werden müssten.

Frau Aubel führt dazu aus, dass man im Jahr 2016 von Investitionskosten in Höhe von 530.000,- € ausgegangen sei, wozu noch laufende Kosten

insbesondere für Personal in Höhe von ca. 200.000,-€ kämen, die damals allerdings schon sehr knapp kalkuliert wurden. Um diesen Antrag in den Haushaltsplan mit einzustellen, müssten die damaligen Zahlen vorerst erneut berechnet werden. Vorschlag der Verwaltung wäre, diesen Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln, in dem untersucht wird ob es sinnvoller ist eine weitere Zweigstelle der Bibliothek zu eröffnen oder einen Medienbus zu schaffen und die Vor- und Nachteile sowie die jeweiligen Kosten gegenüberzustellen.

Frau Naundorf nimmt den Antrag zur Überarbeitung mit in die Fraktion.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Bis Mitte 2019 soll ein Medienbus angeschafft und personell ausgestattet werden. Dafür sind 500.000 Euro in den Investitionsplan aufzunehmen (Produkt 24201). Für die laufenden Kosten sowie Personalaufwendungen sind zusätzlich 113.000 Euro pro Jahr einzustellen.

Begründung:

In der Potsdamer Bildungslandschaft fehlt ein Medienbus. Durch die Eingemeindung der neuen Stadtteile im Norden bestehen neue Bedarfe an einer Bibliothek. Auch könnte ein Medienbus all jene Stadtteile gut versorgen, die nicht über eine Stadtteilbibliothek verfügen (bisher nur am Stern und in der Waldstadt vorhanden).

Die letzten Umfragen im Zusammenhang mit Lesekenntnis-/verständnis fielen leider auch in Potsdam nicht besonders gut aus. Eine frühe Leseförderung muss ein vorrangiges Ziel sein. Insbesondere bildungsfernen Familien muss deshalb der Zugang zu Lese- und Vorlesemöglichkeiten erleichtert werden.

Der Einsatz einer Fahrbibliothek stellt einen niedrighwelligen Zugang zur Bibliotheksnutzung dar. Das Angebot kommt direkt vor Ort an, zum Beispiel in Schulen, Kindertagesstätten oder Flüchtlingsunterkünften.

Hier besteht die Möglichkeit der individuellen Medienausleihe sowie der Einführung in die Bibliotheksbenutzung. Durch dieses Angebot werden auch Kinder aus sogenannten bildungsfernen Milieus oder Menschen mit Migrationshintergrund erreicht, die sonst den Weg in die Bibliothek nicht finden würden.

Zusätzlich zu den öffentlichen Haltestellen werden Grundschulen vormittags vorzugsweise im Norden, in Babelsberg sowie in den neuen Ortsteilen sowohl in regelmäßigem Turnus als auch anlässlich bestimmter Projekte angefahren. Klassenführungen, die Ausstellung von Leseausweisen, die Freude am Umgang mit Medien – das alles kann direkt vor Ort vermittelt werden, der Fahrweg für die Schülerinnen und Schüler entfällt. Die Fahrbibliothek fungiert dabei auch als mobiler, multimedialer Aufführungsort, z. B. bei Bilderbuchkinos für Kindergartengruppen oder Unterrichtspräsentationen. Eine Fahrbibliothek ergänzt das Bibliotheksangebot für bestimmte Zielgruppen. In ihrer Mobilität eingeschränkte Besucher (ältere Bürger/innen, Nutzer/innen mit Handicap) können den Bus fußläufig erreichen. Für Kinder ist eine Erreichbarkeit im Wohngebiet gut ohne Begleitung Erwachsener möglich. Die Vor-Ort-Nutzung könnte mit Blick auf die demographischen Tendenzen und die Altersentwicklung an Bedeutung gewinnen.

Eine Fahrbibliothek ist flexibel einsetzbar und hat einen breiteren Wirkungsgrad als ein fester Standort. Haltestellen können je nach Bedarf relativ schnell angepasst werden.

Deckungsquelle:

Aus den städtischen Mehreinnahmen durch die erhöhte Zuweisung des Landes Brandenburg.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Änderungsantrag **zur Kenntnis**.

**zu 3.1.11 Änderung-/Ergänzungsvorschlag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019 - haushaltsbegleitend, Fortbildungsmaßnahmen für Schulsozialarbeiter zur Suchtprävention
gem. DS: 17/SVV/0951
Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Naundorf bringt den Antrag ein und erläutert diesen.

Herr Wollenberg merkt dazu an, dass er zu dieser Thematik keine Relevanz für den Haushalt sieht und dass im Gesamtkonzept Schule- Jugendhilfe definiert wurde, was Schulsozialarbeiter für Funktionen haben, dass diese eben keine Einzelfallbetreuung leisten sollen, sondern verschiedene Angebote vernetzen sollten. Suchtprävention ist nur eines von vielen Themen die an Schulen relevant sind, daher sieht er es eher problematisch ein Thema von vielen hervorzuheben.

Herr Keller wirft dazu ein, dass genau diese Thematik Bestandteil der PLUS-Angebote sei. Schulleiter die dieses Problem feststellen, können sich soziale Träger suchen, mit ihnen ein Projekt, beispielsweise zur Suchtprävention im Rahmen von 8.000,-€, initiieren und dafür die Förderung erhalten.

Frau Naundorf nimmt den Antrag erneut mit in die Fraktion.

Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zukünftige Verträge mit den Trägern der Schulsozialarbeit sollen jährlich stattfindende Fortbildungsmaßnahmen für die Schulsozialarbeiter*innen zur Suchtprävention beinhalten.

Begründung:

An den weiterführenden Schulen ist Sucht ein großes Thema - auch in Potsdam. Dabei reicht die Bandbreite vom klassischen Drogenkonsum über Magersucht bis hin zu Mediensucht. Leider werden von den Schulleiter*innen die von der Stadt bereitgestellten Präventionsprogramme nur ungern abgefragt (derzeit von nur drei Schulen), um nicht den Eindruck zu erwecken, es gäbe ein Drogenproblem. Verständlicherweise ist jede einzelne Schule um ihren Ruf besorgt.

An vielen weiterführenden Schulen gibt es bereits Schulsozialarbeiter*innen, die im direkten Kontakt zu den Schüler*innen stehen. Sie sind mit besonderer Befähigung auszustatten, um den verschiedenartigen Problemen der unterschiedlichen Süchte professionell begegnen zu können.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Änderungsantrag **zur Kenntnis**.

**zu 3.1.12 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Schulwegsicherheit
gem. DS: 17/SVV/0951
Bürgerbündnis-FDP**

Herr Viehrig bringt den Antrag stellvertretend für die FDP-Fraktion ein.

Frau Aubel merkt an, dass eine Erhöhung aus Sicht der Verwaltung zu befürworten sei und dafür im Jahr 2018 100.000,-€ eingestellt worden sind. In den Vorjahren waren es 50.000,-€.

Frau Beck wirft ein, dass man auf die Vorstellung des Schulwegsicherungskonzeptes im April warten solle um festzustellen welcher Bedarf überhaupt bestehe. Dem schließt sich **Herr Wollenberg** an.

Da die FDP-Fraktion nicht anwesend ist, wird sich darauf geeinigt, dass Herr Viehrig die Diskussionspunkte an die Fraktion heranträgt und der Änderungsantrag vom Ausschuss für Bildung und Sport **zur Kenntnis genommen** wird.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:-

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die jährlichen Aufwendungen für die Schulwegsicherheit auf € 250.000 zu erhöhen.

Begründung:

Es besteht ein erheblicher Nachholbedarf bei der Sicherung der Schulwege. Die Verwaltung hat vor dem Kreiselternrat diesen Sicherungsaufwand mit ca. € 1,4 Mio beziffert. Bei den in der Vergangenheit eingesetzten Mittel von T€ 70 p.a. würde es 20 Jahre dauern bis alle heute bekannte Risiken bei heute schon bestehen Schulwegen beseitigt sind. Dies ist gegenüber den Kindern und Eltern nicht zu rechtfertigen.

Finanzierung: Die prognostizierten Steuereinnahmen sind--auch aufgrund der neuesten Schätzungen zum Wachstum des BIP, die jene vom Herbst 2017 deutlich übertreffen- entsprechend nach oben zu korrigieren. Sollten Widererwarten die tatsächlichen Steuereinnahmen 2018/2019 nicht ausreichen, um diese zusätzlichen Ausgaben zu finanzieren, ist der Ausgleich(Fehlbetrag) des ordentlichen Ergebnisses der Jahresabschlüsse 2018 und 2019 durch Verwendung von Mitteln der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses herbeizuführen.(§ 63 Abs. 5 Kommunalverfassung Brandenburg).

Der Änderungsvorschlag wird **zur Kenntnis genommen**.

**zu 3.1.13 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Beleuchtung Sportplatz Nowawiese
gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE aNDERE**

Frau Beck bringt den Antrag ein und erläutert, dass der Änderungsantrag sich derzeit noch in Überarbeitung befindet und noch nicht ganz fertiggestellt sei.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der LHP für die Haushaltsjahre 2018/2019 (Ds 17/SVV/0951) wird wie folgt ergänzt:

Am Sportplatz Nowawiese wird eine DIN-taugliche Beleuchtung an die vorhandenen Ballfangzäunen angebracht. Dafür sind im Haushalt 35.000 Euro vorzusehen.

Deckungsquelle: Die Sportanlage kann nach Herstellung der Beleuchtung an den SV Concordia Nowawes 06 verpachtet werden. Dadurch entfallen Kosten für Unterhalt und Pflege des Platzes.

Begründung:

Im Stadtteil Babelsberg besteht nach Schätzungen des Oberbürgermeisters ein Defizit von zwei Fußball-Großfeldplätzen. Zur Deckung dieses Fehlbedarfes stehen keine weiteren Flächen zur Verfügung. Daher ist eine intensive Auslastung der bestehenden Platzkapazitäten unerlässlich, um den Mangel zumindestens zu begrenzen. Stattdessen führt die mangelnde Beleuchtung des Sportplatzes Nowawiese aber dazu, dass nicht einmal die vorhandenen und vergebenen Trainingszeiten genutzt werden können.

Unserer Fraktion liegen Unterlagen von Fachfirmen vor, die belegen, dass eine DIN-gerechte Beleuchtung des Platzes technisch möglich ist und dass für die Umsetzung der nötigen Maßnahmen Kosten von 30-40.000 Euro entstehen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Änderungsantrag **zur Kenntnis**.

zu 3.1.14 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Kunstrasen Sportplatz FSV Babelsberg 74 gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE aNDERE

Frau Beck bringt den Antrag ein.

Herr Viehrig sieht auch hier die Deckungsquelle als problematisch an.

Herr Sima führt dazu aus, dass der Verein FSV Babelsberg 74 die benötigten Eigenmittel allein stemmen möchte. Er bittet darum den Antrag so zu ändern, dass ein Fonds für alle Vereine eingerichtet wird, um den bisher üblichen Eigenanteil von 20 %, im Falle dass dieser nicht vom Verein gedeckt werden kann, durch den Fonds zu übernehmen, damit Vorhaben nicht an fehlenden 2 oder 5 % scheitern.

Frau Beck begrüßt diesen Vorschlag von Herrn Sima, weiß allerdings ad hoc nicht wie der Antrag dahingehend entsprechend geändert werden kann.

Herr Wollenberg spricht sich dafür aus, zu gegebener Zeit jeweils eine Einzelfallentscheidung zu treffen, anstatt einen Fonds für Eventualitäten einzurichten.

Herr Richter schlägt vor, aus dem Ausschuss heraus ein Signal an die Vereine zu senden, dass die Verwaltung immer bereit ist zu versuchen die Belange der Vereine umzusetzen und entsprechend zu unterstützen, auch wenn dem Verein trotz hoher Eigeninitiative entsprechende Mittel fehlen. Dies wurde bisher auch immer so gehandhabt.

Herr Wollenberg schlägt vor, unabhängig vom Haushalt, einen fraktionsübergreifenden Antrag zu erstellen in dem, wie von Herrn Richter beschrieben, hineinformuliert wird, dass Vereine, welche sich engagieren wollen die Möglichkeit haben Fördermittel einzuwerben und dazu von der Verwaltung beraten und unterstützt werden und ihnen ggf. auch bei der Regelung der Eigenanteile geholfen wird. Damit würde ein deutliches Signal gesetzt werden, dass Eigenengagement in jeglicher Weise gefördert wird.

Herr Viehrig sagt zu, dass er sich dazu im Nachgang mit Herrn Richter in Verbindung setzt um mit ihm um über einen solchen fraktionsübergreifenden Antrag zu beraten.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019 (Ds 17/SVV/0951) wird wie folgt ergänzt:

Die Haushaltsmittel für die Investitionsmittel Sportplatz Rudolf-Breitscheid-Straße werden um 100.000 Euro erhöht.

Deckungsquelle: Die Einnahmen aus der Bewirtschaftung des Internates im Sportpark Luftschiffhafen sind zu erhöhen und der städtische Zuschussbedarf entsprechend zu senken.

Begründung:

In der Antwort auf die Kleine Anfrage 18/SVV/0018 teilte der Oberbürgermeister, dass auf dem Fußballplatz Rudolf-Breitscheid-Straße der vorhandene Kunstrasenbelag erneuert und der vorhandene Rasenplatz in einen Kunstrasenplatz umgewandelt wird. Die Finanzierung (Gesamtkosten 900.000 Euro) soll durch Einwerbung von Fördermitteln des Landes i.H. von 400.000 Euro, einen städtischen Eigenanteil i.H. von 400.000 Euro und 100.000 Euro aus Mitteln des FSV Babelsberg 74 gesichert werden.

Mit dem Änderungsantrag soll erreicht werden, dass der FSV Babelsberg 74 von einer Kostenbeteiligung befreit wird. Es ist nicht nachvollziehbar, dass gemeinnützige Sportvereine wesentliche Anteile an den Investitionen in die städtische Sportinfrastruktur leisten sollen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Änderungsantrag **zur Kenntnis**.

zu 3.1.15 **Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Honorarerhöhung für Lehrkräfte an der Volkshochschule**
gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE aNDERE

Frau Beck bringt den Antrag ein.

Frau Aubel betont, dass mit einer Erhöhung der Honorare die von den Dozenten benannte prekäre Situation, wenn man sich ausschließlich über Tätigkeiten bei der Volkshochschule finanziert und damit seinen Lebensunterhalt gestaltet, nicht abgedeckt werde. Dazu müsste laut Untersuchungen das Honorar mindestens zwischen 55 und 65 € pro Unterrichtseinheit liegen. Sie plädiert eher dafür grundsätzlich die Honorarordnung anzupassen und vor dem Hintergrund der jeweiligen Eignung / Ausbildung des Dozierenden ein differenziertes Honorar zu zahlen. Es bestehe durchaus ein Unterschied, ob man einen Bewegungskurs, Handwerkskurs etc. anbietet, für den es einer anderen Vorbildung bedarf als beispielsweise ein Sprachkurs, für den eine akademische Ausbildung nötig ist. Darüber hinaus könnte auch im Bereich Integration und Grundbildung mit Festanstellungen gearbeitet werden. Seitens der Verwaltung seien hier jedoch keine Stellen und/oder Mittel im Haushalt etabliert worden.

Frau Naundorf schlägt vor, den Antrag dahingehend zu ergänzen, dass spezifiziert werden soll, für welche Kursleitende eine Anpassung stattfinden soll. Sie befürchtet, dass bei einer generellen Erhöhung die Kurse teurer werden müssten.

Frau Aubel ergänzt dazu, dass Potsdam mit den jetzigen Kosten für die Kurse bereits über dem Durchschnitt läge. In Berlin beispielsweise liegt ein Kurs durchschnittlich bei 2,35 € pro Kurseinheit, in Potsdam bereits bei 4,- €. Da die Volkshochschule weiterhin ein Angebot für die breite Masse bleiben muss, dürfen die Kursteilnehmer nicht noch stärker belastet werden.

Herr Wollenberg schlägt vor, diejenigen Dozenten, die hauptberuflich an der Volkshochschule tätig sind, fest anzustellen. Damit befänden sie sich in einem Anstellungsverhältnis und erhielten kein Honorar mehr sondern ein Gehalt. Er regt an, den Antrag noch einmal zu überarbeiten und ihn mit einer differenzierteren Formulierung zu gestalten.

Frau Beck erläutert, dass sich der Antrag an dem bereits bestehenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung orientiert. Sie nimmt den Antrag allerdings noch einmal mit in die Fraktion um die Formulierung zu überarbeiten.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die einschlägigen Haushaltsstellen für die Ausgaben der Volkshochschule so anzupassen, dass eine **Erhöhung der Honorarsätze für Kursleitende an der VHS von 30 auf 35 Euro/Unterrichtsstunde** möglich ist.

Die Mehrkosten von voraussichtlich ca. 200.000 € sollen aus Minderaufwendungen für Kassenkreditzinsen und aus Mehreinnahmen aus der

Gewerbesteuer gedeckt werden.

Begründung:

Bereits 2017 beschloss die Stadtverordnetenversammlung einstimmig, die Erhöhung der Honorarsätze für Kursleitende an der VHS, von 30 auf 35 Euro zu erhöhen. Leider wurde dieser klare Antrag vom Oberbürgermeister nicht umgesetzt. Wir stellen das Anliegen daher noch einmal ausdrücklich zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Änderungsantrag **zur Kenntnis**.

zu 3.1.16 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, Eintrittspreise Schwimmbäder gem. DS: 17/SVV/0951
Fraktion DIE aNDERE

Frau Beck bringt den Antrag ein. Sie betont auf Nachfrage von **Herrn Viehrig**, dass die Deckungsquelle im Antrag derzeit in Zusammenarbeit mit dem Kämmerer noch überarbeitet / geändert wird.

Auf Grund der zum jetzigen Zeitpunkt noch fehlenden Zahlen wird sich darauf geeinigt, den Antrag noch einmal mit in die Fraktion zu nehmen.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der LHP für die Haushaltsjahre 2018/2019 (Ds 17/SVV/0951) wird wie folgt ergänzt:

In den Hallen- und Freibädern der Bäderlandschaft Potsdam GmbH werden die Tarife für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre auf 1,00Euro für die normale Besuchszeit festgesetzt.

Deckungsquelle: Die Einnahmen aus den Gebühren für Unterbringung und Versorgung im Wohnheim Luftschiffhafen werden erhöht und der Zuschuss aus dem städtischen Haushalt wird entsprechend gesenkt.

Begründung:

Schwimmen gehört zu den grundlegenden Fähigkeiten, die für ein selbstbestimmtes Leben und die Persönlichkeitsentwicklung unverzichtbar sind. Leider nehmen die Schwimmfähigkeiten besonders bei Kindern immer weiter ab. Der Deutsche Schwimmlehrerverband stellt fest, dass 50% der abgehenden Viertklässler nicht schwimmen können. Im Jahr 2016 ertranken laut DLRG in Brandenburg 31 Personen beim Baden in unbeaufsichtigten Gewässern. Im Vergleich dazu starben im Straßenverkehr 121 Personen (aus Verkehrsunfallbilanz). Bei den Ertrunkenen ist insbesondere unter Kindern und Jugendlichen bis 20 Jahren eine dramatische Steigerung zu erkennen (deutschlandweit von 52 in 2015 auf 91 in 2016).

Die Seen in Potsdam und Brandenburg stehen allen offen und haben gute Wasserqualität. Der Antrag soll die Zugangsbarrieren senken, die Kinder und Jugendliche davon abhalten, zu schwimmen. Außerdem sollte das Einkommen der Eltern kein Hinderungsgrund für den Badbesuch der Kinder und Jugendlichen

sein.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Änderungsantrag **zur Kenntnis**.

zu 3.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018

Vorlage: 17/SVV/0952

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

Es gibt keine Anmerkungen oder Nachfragen der Ausschussmitglieder zum Wirtschaftsplan.

Die Vorlage wird vom Ausschuss für Bildung und Sport **zur Kenntnis genommen**.

zu 3.3 Zukunftsprogramm 2022

Vorlage: 17/SVV/0953

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Es gibt keine Anmerkungen oder Nachfragen der Ausschussmitglieder zum Zukunftsprogramm.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Vorlage **zur Kenntnis**.

zu 4 Sonstiges

zu 4.1 nächste Ausschusssitzungen

Herr Viehrig erinnert an die gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss am Donnerstag den 22.02.2018 im Bürgerhaus am Schlaatz und weist erneut darauf hin, dass diese bereits um 16:30 Uhr beginnt. Er teilt mit, dass er am 22.02.2018 nicht teilnehmen kann und Herr Keller daher die Leitung übernehmen wird.

Herr Keller teilt mit, dass er die Aufgaben als gewähltes Mitglied des Ausschusses für die Lenkungsgruppe Schule- Jugendhilfe leider nicht weiter wahrnehmen kann und bitte darum sich Gedanken zu machen und in der nächsten Sitzung ein neues Mitglied zu wählen, welches in die Lenkungsgruppe entsandt werden kann.